

Informationen der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 11 · September 1971

„...heute wieder nur
zwei Stunden Schule“



So geht es nicht weiter!

Von vielen Eltern wurden wir in den letzten Wochen angesprochen über die erheblichen Stundenausfälle an der Mörfelder Haupt- und Realschule. Auch gab es manche Unklarheiten im Zusammenhang des Überwechselns eines Teiles der Schüler an die neue Schule zwischen Walldorf und Mörfelden. „blickpunkt“ hat mit einigen Lehrern gesprochen und so die derzeitige Situation kennengelernt.

Der Lehrermangel in Mörfelden zu Beginn des Schuljahres 1971/72 hat bedenkliche Formen angenommen. Vor dem neuen Schuljahresbeginn bestand in der Haupt- und Realschule ein Stundendefizit von 13 Prozent, gegenüber einem Landesdurchschnitt von etwa sechs Prozent. Diese Situation hat sich aber mittlerweile noch verschlechtert.

Wie wir in Erfahrung bringen konnten, haben sich vier Lehrkräfte, die je 28 Schulstunden in der Woche hielten, versetzen lassen oder sind ausgeschieden. Ein weiterer Lehrer wurde aus dienstlichen Gründen an das Schulamt versetzt.

Für diesen Ausfall wurden jedoch nur zwei neue Lehrkräfte und zwar solche, die nur 20 Stunden je Woche unterrichten, und zwei Fachlehrer mit je 24 Stunden zugeteilt. Außerdem gibt es keinen Ersatz bei längerer Krankheit, bei Ausfällen durch Fortbildungslehrgänge bzw. Schwangerschaftsurlaub bei Lehrerinnen.

Unter solchen Bedingungen ist das Erstellen eines Stundenplanes quasi ein Puzzlespiel. Es mußten drastische Stundenkürzungen vorgenommen werden, so unter anderem bei Kunsterziehung, Musik, Leibeserziehung und Werken. Nadelarbeit fällt teilweise ganz aus.

Sehr bedenklich stimmt es, wenn bei den beiden ältesten Klassen der Realschule, der 9R und 10R,

anstelle von je vier Stunden Mathematik und Englisch nur drei Stunden und bei Französisch statt drei nur zwei Stunden gegeben werden können, oder im 7. und 8. Schuljahr statt sechs nur fünf Stunden politische Bildung (Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde) übrig bleiben.

Somit begann auch in Mörfelden das neue Schuljahr im Schlendergang, und die Kinder, deren Lehrer mit Stundenplanarbeiten beschäftigt waren, hatten die erste Woche 'so gut wie keinen Unterricht. Dazu kam noch, daß eine zugewiesene Lehrkraft bis jetzt noch nicht erschienen ist, und deren Stunden ersatzlos ausfallen.

Auf die Frage, ob man den Stundenplan nicht in den Ferien zusammenstellen könnte, wurde uns mitgeteilt, daß am Ende des Schuljahres die Lehrerzuweisung noch nicht klar war.

Eine weitere Verschlechterung der Situation bedeutet, daß die für die 9. Klasse der Hauptschule seither von den Berufsschulen durchgeführte „Hinführung zur Arbeitswelt“ (der sogenannte Berufsschultag) nun von der Mörfelder Schule selbst getragen werden muß.

Diese Aufzählungen könnten noch weiter fortgesetzt werden, wir glauben jedoch, daß sie ausreichen, um auf das Dilemma an unseren Schulen aufmerksam zu machen. Was ist zu tun?

Aktion „kleine Klasse“ auch in Mörfelden?

Die Elternbeiräte sollten auch für Mörfelden Sondermaßnahmen fordern und eine Aussprache mit den zuständigen Gremien des Regierungspräsidenten und des Kreises unter Hinzuziehung des Mörfelder Magistrats führen.

Hierbei könnten Aktionen, ähnlich wie in Rüsselsheim und Frankfurt/M., die bei der Beschaffung von zusätzlichen Lehrkräften Erfolg hatten, in Erwägung gezogen werden.

Außerdem sollte man schnellstens zur Entlastung der Lehrer Hilfskräfte einstellen. Diese könnten, soweit die fachliche Voraussetzung gegeben ist, in der Erteilung des Sportunterrichts oder bei anderen Nebenarbeiten den Lehrern behilflich sein. Es geht zum Beispiel nicht an, daß Lehrer die Lehr- und Schulbücher führen und in der wertvollen Zeit Bücher einbinden und Zettelchen aufkleben sowie Matritzen schreiben und Material abziehen. Mit dem Einstellen solcher Kräfte kann der Schule, trotz Lehrermangel, sehr geholfen werden.

Pillenknick und Lehrerschwemme

Die Verantwortlichen finden immer neue Ausreden, um von der Misere abzulenken. Plötzlich hört man, es wäre in ein paar Jahren mit einem Überangebot an Lehrern (Lehrerschwemme) zu

rechnen. Außerdem würde ein Absinken der Geburtenrate durch Familienplanung (Pillenknick) die Situation verbessern.

Aus dem im August 1971 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Bevölkerungszahlen geht jedoch hervor, daß der Schülerberg noch bevorsteht.

„Waren es 1970 noch 12,5 Millionen Jugendliche im Schulalter, so wird die Zahl bis 1975 auf 13,4 Millionen ansteigen. Erst 1982 gibt es wieder ebensoviele Fünf- bis 18jährige wie 1970.“

Der Lehrerberuf wird darüber hinaus noch weiter steigen, und zwar um mehr als die Hälfte, wenn endlich die dringend notwendigen Reformen durchgeführt werden.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat dazu klare Forderungen aufgestellt, denen wir nichts hinzuzufügen haben:

- Herabsetzung der Klassengröße.
- Einführung eines Vorschuljahres.
- Einführung eines Berufgrundbildungsjahres.
- Erhöhung der Planstellen, damit bei Weiterbildung der Lehrer, Krankheitsausfall, Arbeitszeitverkürzung und Herabsetzung des Pensionsalters, der Stundenausfall aufgefangen werden kann.

... ein Skandal

Gemessen am relativen Reichtum der Bundesrepublik, den immensen Gewinnen der privaten Wirtschaft und dem immer noch steigenden Rüstungsetat, sind die Verhältnisse auf dem Bildungssektor ein Skandal.

Wie aus einer neuen Studie des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft hervorgeht, rangiert die Bundesrepublik im Vergleich zu ihren europäischen Nachbarn und zur USA, Sowjetunion und Japan hinsichtlich der Bildungsausgaben, als Schlußlicht. Die Studie hat andererseits ergeben, daß bei anderen Ausgaben (Rüstung) die Bundesrepublik im oberen Drittel einer Ländervergleichsskala liegt.

Schüler, Studenten, Lehrer und Eltern, wir alle müssen den „Regierenden“, den SPD/FDP-Landes- und Bundespolitikern, erklären, daß wir nicht gewillt sind, dies länger hinzunehmen. Der Rückstand, von der CDU/CSU-Bundespolitik in 20 Jahren verursacht und von der SPD geduldet, muß jetzt aufgeholt werden.

Eltern, deren Tochter die 10. Realschul- klasse besucht, berichteten uns.

„Unsere Tochter war durch den Mangel an Lehrkräften besonders hart getroffen. Mehr oder weniger konnte man das die ganzen verflissenen neun Jahre feststellen. Aber das neue Schuljahr hat katastrophal angefangen. In einer Woche hatten die Kinder insgesamt nur acht Stunden Schule. Gelernt haben sie in dieser Zeit so gut wie gar nichts und bekamen auch keine Hausaufgaben, da der Klassenlehrer mit der Aufstellung des Stundenplanes beschäftigt war. Wie soll das weitergehen? Was die Kinder, die ein Jahr vor ihrer Schulentlassung stehen, jetzt versäumen, können sie nicht mehr nachholen. Wir glauben nicht, daß der Staat auf dem Gebiet der Bildung alles tut, was in seinen Kräften steht.“

Wem nützt diese Politik?

Es fehlt an Kindergärten und Schulen, an Spielplätzen und Sportstätten; unsere Universitäten sind überfüllt, unsere Straßen verstopft, unsere Städte zersiedelt; unsere Krankenhäuser sind krank und unsere Gefängnisse ein Skandal; Berufsausbildung und Betriebsverfassung, Boden- und Steuerrecht, Arbeits- und Sozialgesetzgebung bedürfen der Reform; die Gewässer sind verschmutzt, die Luft verpestet, die Müllhalden wachsen zu Bergen — der Mensch droht an der Zivilisation zu ersticken.

Das alles wissen wir bereits oder ahnen es zumindest. Umfangreiche Sachverständigengutachten bescheinigen der Bundesrepublik, vor den Aufgaben der Gesellschaft versagt und die Zukunft in sträflicher Weise aufs Spiel gesetzt zu haben. Mit jedem Jahr planlos Dahinwursteln, so sagen es uns die Experten, vergrößere sich die Misere.

Der allgemeine Unmut entläßt sich zuweilen in spontanen Aktionen. Erst waren es die Studenten, die auf die Straße gingen; dann aber demonstrierten die Polizisten und die Steuerbeamten, Kindergärtnerinnen und Arbeiter, Luftthansastewardessen und Bauern. Sie alle erwarten von der Regierung die befreiende Aktion, den Entwurf, der die Probleme der Gegenwart löst.

Gute Vorsätze steckten in der verheißungsvollen Regierungserklärung der jetzigen Bundesregierung. Monate vergingen, und man mußte erkennen, daß die Planungen der finanziellen Plattform entbehrten, wenn man die alte Politik der CDU weiter verfolgte. Gerade aber das tut man. Beweis: der neue Haushaltsplanentwurf.

Von jeder Mark

30 Pfennig für die Rüstung

Der Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung orientiert sich an den Interessen der Großindustrie, vor allem der Rüstungsindustrie. Er belastet die arbeitende Bevölkerung auf das Schwerste.

● Die Regierung verzichtet im Haushaltsplanentwurf ganz bewußt darauf, aus den Verträgen von Moskau und aus dem Viererabkommen über West-Berlin entspannungsfördernde Schlußfolgerungen zu ziehen und den Rüstungshaushalt zu senken. Im Gegenteil. Der Rüstungsetat weist die höchste Steigerungsrate auf. Er soll um elf Prozent angehoben werden. Tatsächlich steigt er beträchtlich weiter an. Um die Öffentlichkeit zu täuschen, wurde ein Teil

der Rüstungsausgaben, nämlich die Ausgaben für 175 Phantom-Jäger, für die Entwicklung eines neuen Kampfflugzeuges, für die Anschaffung von Hubschraubern — insgesamt weit über sechs Milliarden D-Mark — hinter anderen Haushaltstiteln verborgen. Hinzu kommt, daß entsprechend der Forderung von US-Präsident Nixon pro Jahr vier Milliarden D-Mark an Besatzungskosten (Devisen-Ausgleichszahlungen) bezahlt werden sollen.

Es steht fest, von jeder Mark, die über den Bundeshaushalt ausgegeben wird, sind mindestens 30 Pfennig für die Rüstung.

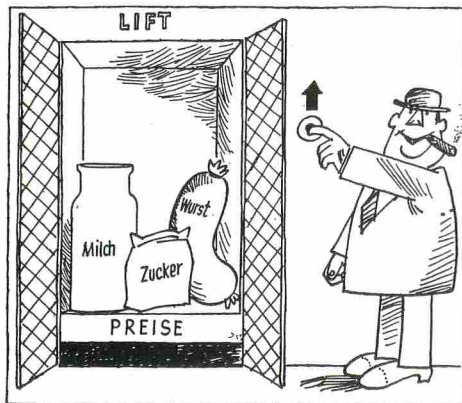
- Der Haushaltsplan 1972 wurde mit der Ankündigung von Steuererhöhungen verbunden. Erhöht werden sollen die unsozialen Verbrauchersteuern — die Mineralölsteuer, Branntweinsteuer, Tabaksteuer. Die Steuererhöhungen belasten die werktätige Bevölkerung mit vielen Milliarden D-Mark, denn die Unternehmer geben Steuererhöhungen voll an den Verbraucher weiter und machen noch ein zusätzliches Geschäft dabei. Die Mineralölkonzerne haben schon angekündigt, daß die Erhöhung der Mineralölsteuer um vier Pfennig pro Liter zu einer Verteuerung des Benzins um sechs Pfennig pro Liter führen solle. Mit diesen Steuererhöhungen folgt die Regierung der Preistreiberei der Großunternehmer. Die Steuererhöhungen widerlegen die Stabilitätsbehauptungen von Minister Schiller. Sie treiben die Preislawine weiter. Die Arbeiter und Angestellten sollen zahlen — für die Rüstung, für die Währungskrise, für Besatzungskosten, für staatliche Subventionen an die großen Konzerne.
- Die Mittel, die im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich für Verkehr, Wohnungsbau und Bildung eingesetzt sind, reichen nicht aus. Sie sind durch die Preissteigerungen im Bauwesen und durch die blühende Bodenspekulation im Grunde genommen bereits aufgefressen. Hinzu kommt, daß Hunderte von Millionen D-Mark Steuergelder, die im Haushaltsplan des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft ausgewiesen sind, und von denen der wenig informierte Bürger annimmt, daß sie der Förderung von Schulen und Universitäten, der Bildung von Schülern und Studenten zugute kommen, in Wirklichkeit der militärischen Forschung und damit ebenfalls der Rüstung zufließen.

- Die Zusage, daß von den vier Pfennig Steuererhöhung pro Liter Mineralöl die Gemeinden drei Pfennig für Verkehrsbauten erhalten sollen, ist ein Griff in die falsche Tasche, nämlich in die der arbeitenden Bevölkerung, die letztendlich diese Steuern zahlt. Die Mittel, die dadurch bereitgestellt werden, werden zudem den Bedürfnissen der total verschuldeten Gemeinden nicht gerecht.

Dieser Haushaltsplanentwurf der sozialdemokratisch geführten Regierung behält in allen entscheidenden Fragen die Grundstruktur der Haushalte der Vergangenheit bei. Es ist ein Haushaltsplan der Belastung der arbeitenden Bevölkerung, der Verstärkung der sozialen Unsicherheit durch Verschleuderung von Steuermitteln für die Rüstung, der Förderung der Profiterwartung der Großindustrie, vor allem der Rüstungsindustriellen. Dieser Haushaltsplanentwurf bestätigt erneut die Feststellung im Thesen-Entwurf der DKP, daß die SPD/FDP-Regierung keine grundlegende Veränderung zugunsten der werktätigen Bevölkerung will, sondern eine Politik betreibt, die den Interessen des Großkapitals entspricht.

Der Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung erleichtert den reaktionären Kräften der CDU/CSU die soziale Demagogie. Er schwächt die Position der Bundesregierung.

Wir Kommunisten brandmarken die Demagogie der Führung von CDU und CSU. Wir erinnern die Bevölkerung daran, daß die CDU/CSU, die Partei, die sich jetzt als Vorkämpferin für Stabilität und solide Staatsfinanzen, als Anwalt des „kleinen Mannes“ aufzuspielen versucht, in Wahrheit die Partei ist, die in 20 Jahren die Wirtschafts- und Sozialpolitik ausschließlich im Interesse des Großkapitals betrieb.



„Ständig aufwärts!“



Steuererhöhungen für seinen Sparstrumpf

Die Deutsche Kommunistische Partei ist den Interessen der arbeitenden Bevölkerung verpflichtet. Wir nehmen keine Rücksicht auf die Interessen der Monopole. Wir wollen, daß die Rechtskräfte um CDU/CSU und NPD zurückgedrängt werden. Wir treten für einen Haushaltsplan ein, der den Erfordernissen des Friedens, der Entspannung und der Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der werktätigen Bevölkerung entspricht.

Die DKP fordert:

- Keine Steigerung der Rüstungskosten, sondern Senkung der Rüstung um 15 Prozent pro Jahr. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, daß die Fortschritte in der Entspannung in Europa auch in konkreten materiellen Vorteilen zu Buche schlagen. Auf alle Erhöhungen der Verbrauchersteuern, auf neue Belastungen könnte bei Rüstungssenkung verzichtet werden. Die Mittel für notwendige Reformmaßnahmen wären vorhanden.
- Keine Erhöhung der unsozialen Verbrauchersteuern, sondern steuerliche Entlastung der Einkommen der Arbeiter, Angestellten, der Bauern und des Mittelstandes. Dafür sind die Millionärvermögen, die Gewinne der Großunternehmen durch Steuererhöhungen mehr als bisher zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzuziehen.
- Bekämpfung der Kapital- und Steuerflucht ins Ausland.
- Die staatlichen Subventionen und die zahlreichen steuerlichen Vergünstigungen für die kapitalistischen Großunternehmen sind sofort aufzuheben.
- Einstellung der Devisen-Ausgleichszahlungen.

Herunter mit der Rüstung!

Baut mehr Wohnungen und Schulen!

Wenn zum Beispiel im vergangenen Jahr 50 Prozent weniger für Bundeswehr, Panzer und Kanonen ausgegeben worden wären, dann hätten die freien Milliarden für folgende Projekte sinnvoll ausgegeben werden können:

Objekte	Mrd. DM
500 Kindergärten (je 100 Plätze)	0,2
300 Schulen	1,2
600 Jugendheime	0,09
75 000 Wohnungen	2,25
100 Krankenhäuser	2,0
100 Sanatorien (je 100 Plätze)	0,4
Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	2,0
Umweltschutz	4,41
100 Ferienheime (je 250 Plätze)	0,25
insgesamt:	12,8

Dollarkrise

Die Dollarkrise erschüttert die ganze kapitalistische Weltwirtschaft. Es ist die Krise nicht nur des Dollars, sondern des kapitalistischen Systems. Hauptursache der Dollarkrise ist die Tatsache, daß die USA seit 1950 fast ständig Kriege führen. Sie bekämpfen und bekämpfen als „Weltgendarmerie des Imperialismus“ das Selbstbestimmungsrecht der Völker Koreas, Vietnams, Guatemalas, der arabischen Länder, Lateinamerikas. Die Weltgendarmerie geht jedoch selbst dem „reichen“ Amerika über die Kräfte; sie wird auf die Dauer zu kostspielig.

Die Bundesregierung war und ist unter allen bisherigen Regierungen der Hauptverbündete der USA. Milliarden DM wurden in die bluti-

gen und schmutzigen US-Geschäfte in aller Welt investiert. Nur ein Beispiel: Zum Zeitpunkt der Dollarkurs-Freigabe hatte die Bundesbank für rund 60 Milliarden DM Dollarvorräte aufgekauft. Diese Vorräte waren und sind zum großen Teil nichts als Altpapier. Nachdem in aller Form die Golddeckung aufgehoben und praktisch eine entsprechende Abwertung erfolgt ist, liegt das klar auf der Hand.

Geht man von 17 Milliarden Dollar in den Bundesbanktresoren aus und rechnet man 25 Pfennig pro Dollar Verlust, so ergibt das einen Gesamtverlust von 4,25 Milliarden Mark. Das ist eine Mindestzahl. Man spricht sogar von über zehn Milliarden DM, was sich beim Anlegen des Goldmaßstabes errechnen läßt. Armer Steuerzahler.

LITERATURANGEBOT

Walter Schellenberg
Wie lese ich das Kapital?
Einführung in das Hauptwerk
von Karl Marx
154 Seiten; 3,- DM

Heinz Schäfer
Lohn, Preis, Profit heute
117 Seiten; 3,- DM

Friedrich Engels
Der Ursprung der Familie, des
Privateigentums und des
Staates
265 Seiten; 4,- DM

W.I. Lenin
Zwei Taktiken der
Sozialdemokratie in der
demokratischen Revolution
176 Seiten; 2,40 DM

Friedrich Engels Biografie
570 Seiten; 10,- DM

Zu beziehen durch den
Verlag Marxistische Blätter
6 Frankfurt/Main 1
Meisengasse 11
Tel. 0611/280412

oder die Herausgeber

Bitte hier abtrennen und einsenden an:

Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3



Viel wird geredet und geschrieben über die Kommunisten, ihre Ziele und ihre Absichten. Am meisten von denen, die ansonsten die Interessen des Großkapitals vertreten. Informieren Sie sich über die Kommunisten einmal von den Kommunisten selbst. Die DKP hat in Thesen, die ihr Parteitag im November zum Beschluß erheben wird, ihre Politik und ihre Ziele dargelegt. Lassen Sie sich die Thesen kommen – diskutieren Sie mit.

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich bitte um Zusendung der Thesen
- Ich möchte zu einer Diskussion über die Thesen eingeladen werden
- Ich wäre an einem Gespräch mit einem Mitglied der DKP interessiert

Name, Vorname
Postleitzahl, Wohnort
Straße und Hausnummer

SDO KOMMUNAL

Wie ernst dieses Problem zu nehmen ist, zeigen die Ablagerungen von giftigem Industriemüll nun auch in Hessen. Umweltminister Best fordert erhöhte Aufmerksamkeit auf allen Müllplätzen. Hierzu fordert das Präsidium der DKP unter anderem: „Strengste Bestrafung jener Konzernherren, die für die Gefährdung der Gesundheit von Millionen durch Giftstoffe verantwortlich sind. Ihre Handlungsweise erfüllt den Tatbestand eines kriminellen Delikts; sofortiges Verbot von unkontrollierter Ablagerung giftiger Industrieabfallprodukte.“



Müll

„Fast täglich berichten Presse, Rundfunk und Fernsehen von neuen Müllaffären. Wenige Wochen nach dem Nievenheimer Arsenschlamm-Skandal und der Cyanid-Affäre in Bochum, ist jetzt ein weiterer Fall von Umweltvergiftung auf einer Müllkippe in Wetter (Ruhr) bekannt geworden. Dort wurden 200 000 Tonnen giftige Industrieabfälle abgelagert, die ein Evakuieren von Einwohnern notwendig machen.“

So beginnt die Einleitung einer Anfrage der SDO-Fraktion an den Magistrat, die Heinz Hechler in der letzten Stadtverordnetenversammlung vortrug.

Die konkrete Frage lautete: „Welche Sicherheiten bestehen, oder welche Vorkehrungen gedenkt man zu treffen, daß auf dem Mörfelder Müllplatz solche Ablagerungen, die Luft und Grundwasser beeinträchtigen, nicht vorgenommen werden können.“

Bürgermeister Bachmann konnte am gleichen Abend diese Anfrage nicht beantworten, er will aber in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 5. Oktober hierzu Stellung nehmen.

Hoffentlich werden aber in der Zwischenzeit schon verschärfte Kontrollen durchgeführt.

Unzumutbar

Vor einigen Tagen bekam die SDO-Fraktion von Bewohnern der Häuser Langener Straße 84 bis 92 die Kopie eines Briefes an das Straßenbauamt Darmstadt. In diesem Brief beklagen sich die Anwohner der Langener Straße berechtigterweise über den derzeitigen unzumutbaren Zustand des Geländestreifens vor ihren Häusern. In dem Brief heißt es unter anderem: „Bei Regen oder Tauwetter kommt es hier zu einem Morast, der es unmöglich macht, trockenen Fußes aus den Häusern zu gelangen . . . Da auch keinerlei Abgrenzung zu einem Fußweg vorhanden ist, fahren die Lkw bisweilen bis unmittelbar an die Einfriedungen . . .“

In der letzten Ausschußsitzung fragte die SDO-Fraktion den Magistrat, wann dort eine Regelung getroffen wird. Wir hörten, daß eine befriedigende Lösung erst beim Anlegen eines Fuß- und Fahrradweges zum Industriegebiet möglich sein wird. Und das dauert noch eine Weile.

Die SDO-Fraktion ist der Meinung, daß mindestens vor Frosteinbruch hier Hilfe geleistet werden muß.

Noch keine Gesamtschule

„Haupt- und Realschule mit Förderstufe W./M.“ ist die offizielle Bezeichnung für das neue Schulgebäude. Wird der Name „Gesamtschule“ nur deshalb noch nicht verwandt, weil der Gesamtschulunterricht erst nach Ablauf der zwei Förderstufenjahre aufgenommen wird? Oder spielen hier noch andere Gründe eine Rolle?

Chancengleichheit?

Dank des Einsatzes aller, die mit dem Bau der neuen Schule zwischen Walldorf und Mörfelden beschäftigt waren, und bedingt durch die moderne Fertigbauweise, ist der in Rekordzeit erstellte erste Bauabschnitt Ende September in Betrieb genommen worden. Wir alle freuen uns darüber, denn eine Nichtfertigstellung hätte in beiden Städten zu erheblichen Raumschwierigkeiten geführt.

Für Lehrer und Schüler wird die Übergangszeit nicht ganz einfach sein, und sicherlich wird man auch viel Geduld und Verständnis aufbringen müssen.

Aber kein Verständnis werden die Eltern für das überholungsbedürftige Schulverwaltungsgesetz haben. Nach diesem Gesetz werden nur die Kinder der Hauptschule und der Förderstufe kosten-

los zur neuen Schule gefahren. Die Kinder der Realschule sollen für die Busfahrt im Monat zehn Mark bezahlen.

Wo bleibt da die Chancengleichheit?

Wir stehen voll und ganz hinter der dieser Tage im „Freitagsanzeiger“ aufgestellten Forderung an den Kreis, daß er sich beim Land Hessen auf die Hinterfüße stellen und die Erstattung der gesamten Kosten verlangen soll. Die Eltern haben den Standort der Schule nicht ausgewählt und müssen sich gegen solche ungerechten Bestimmungen zur Wehr setzen.

Gefährlich

Schon vor ein paar Jahren wurde von Bürgern unserer Stadt ein Geh- und Fahrradweg entlang der B 486 gefordert. Oberwald und Naturfreundehaus wären dann schnell und gefahrlos zu erreichen.

Man hat diesen Vorschlag oft mit dem Hinweis abgelehnt, daß der „Länger Weg“ zur Verfügung stehe. Nun ist die Lage ernst geworden, denn im Zuge der Bebauung des Industriegebietes wurde der genannte Weg unterbrochen. Der Fußgänger oder Radfahrer ist nun immer mehr auf die stark befahrene Bundesstraße angewiesen. Angesichts der Hinausschiebung der Neutrassierung der B 44 für etwa fünf Jahre, sollte sich die Stadt gezwungen sehen, initiativ zu werden, damit die Bürger in Zukunft den Oberwald wieder sicher erreichen können. Es muß nicht immer erst etwas passieren.



Unterbrochener „Länger Weg“ . . .



. . . aber Prachtstraße für die Industrie.



Kerwemontag 1923

Aus den Erzählungen der Alten lernten wir sie kennen: die Geschichte von der „Schlacht am Kerwemontag“. Geschehen in Mörfelden 1923. Wir schrieben sie auf und erzählen sie gern weiter. Denn diesen „Kerwemontag“ kann man als Ehrentag der Mörfelder bezeichnen. Sie standen zusammen und schlugen eine Bande Separatisten in die Flucht.

Es war am Kerwemontag des Jahres 1923, als auf drei Lastautos die Separatisten auch in Mörfelden ankamen, den Schutzleuten Arndt und Schulmeyer die Revolver abnahmen und sich der Jagdgewehre, die in der Oberförsterei vorhanden waren, bemächtigten. Drei von ihnen drangen in die Bürgermeisterei ein und besetzten das Büro des Bürgermeisters. Einer, ein Mörfelder, war als zukünftiger Bürgermeister auserkoren und setzte sich mit einem Gewehr bewaffnet, an den Platz des Bürgermeisters. (Er trug lange den Namen „Fünfminutenbür-

germeister“, denn seine Herrschaft dauerte nicht länger.) Der rechtmäßige Bürgermeister wurde von dem Vorfall benachrichtigt und begab sich sofort in sein Amtszimmer. Er hatte kräftige Unterstützung bei sich, nämlich den Faselwärter und Metzger Haas, und so war es ein Leichtes, die drei Eindringlinge aus dem Amtszimmer zu entfernen. Sie wurden recht unsanft die Treppe hinunter befördert.

Da die Separatisten, die auf den Autos durch Mörfelden gefahren waren, gesagt hatten, daß sie wiederkommen würden, be-

waffneten sich die Mörfelder mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen. Mit bleigefüllten Schläuchen, mit Farrenschwänzen und mit der Feuerspritze, die am Rathaus aufgefahren wurde. Die Bevölkerung von Mörfelden, die auf Sturm läuten hin zusammengekommen war und sich zur Abwehr der Separatisten bereitgestellt hatte, wartete bis zum Abend auf die Rückkehr der Separatistenautos, die nach Langen gefahren waren. Um die Autos aufzuhalten, war in der S-Kurve der Wassergraben aufgedeckt. Schließlich kamen die Separatisten mit ihren Wagen von Arheilgen her. Die Hauptstraße war angefüllt mit Tausenden von Menschen. Man richtete die

Feuerspritze auf die Autos und hieb mit Stöcken und Stangen auf die im Wagen sitzenden Gesellen ein. Vom obersten Stockwerk des Rathauses aus wurden die Lastwagen mit Pflastersteinen bombardiert, und ziemlich schnell suchten sie, nachdem es eine Anzahl Verwundete gegeben hatte, das Weite. Als die Wagen in Richtung Groß-Gerau verschwinden wollten, wurden sie bei der Werner-Tanne von Mörfeldern, die sich inzwischen dort postiert hatten, mit einem Maschinengewehr, von dessen Existenz man vorher nichts gewußt hatte, beschossen. Die Separatisten hatten nun genug von diesem Ort und kehrten niemals wieder.

Inflation

Man muß jedoch mehr wissen, wenn man über diesen Tag schreiben will. Man muß die Zeit kennen, in der er fällt.

Anfang 1923 kostete in Deutschland ein Brot 2 200, ein Pfund Schweinefleisch 5 200 und ein Kilo Butter 14 800 Mark. Deutschland kippte ins Delirium der Inflation. Die Arbeiter hungerten, die großen Fabrikbesitzer aber praßten – sie tilgten für wertloses Papiergeld Kredite. Es entstanden riesige Konzerne. 60 Prozent der deutschen Arbeiter waren arbeitslos oder machten Kurzarbeit. Auf dem Gipfel der Inflation wurde ein Dollar mit 4,2 Billionen Mark notiert.

Separatismus

Die Nichterfüllung der Reparationslieferungen gab den französischen Imperialisten den formellen Anlaß, am 11. Januar 1923 das Ruhrrevier militärisch zu besetzen. Der Regierung des Kanzlers Wilhelm Cuno (Cuno selbst war Generaldirektor der HAPAG und Vertrauensmann von Stinnes) saß die Angst vor den Massen zu dicht unterm Frack, als daß sie den Volkswiderstand gegen die französische Okkupation zu proklamieren wagte. Um ihre Betriebe einer möglichen Arbeiterkontrolle zu entziehen und um die aufbegehrende Arbeiterschaft im Rheinland mit Hilfe der anscheinend stärkeren französischen Imperialisten niederzuhalten, verfolgten herr-

schende Kreise der rheinischen Bourgeoisie eine separatistische Politik. Zwischen Deutschland und Frankreich sollte eine „Rheinische Republik“ als Vasallenstaat des französischen Imperialismus entstehen. Neben einigen Finanzkapitalisten unterstützte vor allem der damalige Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, die separatistische Bewegung.

Von den französischen Imperialisten direkt bezahlte bewaffnete Banden versuchten einen Rheinstaat zu schaffen, der völlig von Frankreich abhängig sein sollte. Sie terrorisierten die Bevölkerung. Zum 30. September 1923 riefen die Separatisten ihre Anhänger nach Düsseldorf zusammen, um dort die „Rheinische Republik“ auszurufen. Während die rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer vor diesen Kräften zurückwichen, organisierte die KPD den Abwehrkampf. Arbeiter sperrten Eisenbahnlinien und entwaffneten die anreisenden Separatisten.

In Düsseldorf, Bonn, Trier, Koblenz, Wiesbaden, Mainz und in anderen Städten scheiterten die separatistischen Vorstöße in erster Linie an den entschiedenen Abwehraktionen der Arbeiterklasse. Denn die sozialdemokratischen Arbeiter lehnten hier nicht wie ihre Führer die Einheitsfrontangebote der KPD ab, sondern kämpften meist mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern gemeinsam. Ihr mutiger Abwehrkampf rettete die nationale Einheit Deutschlands.

Romanze in Müll

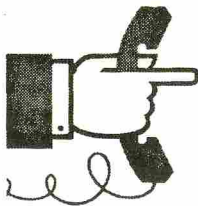
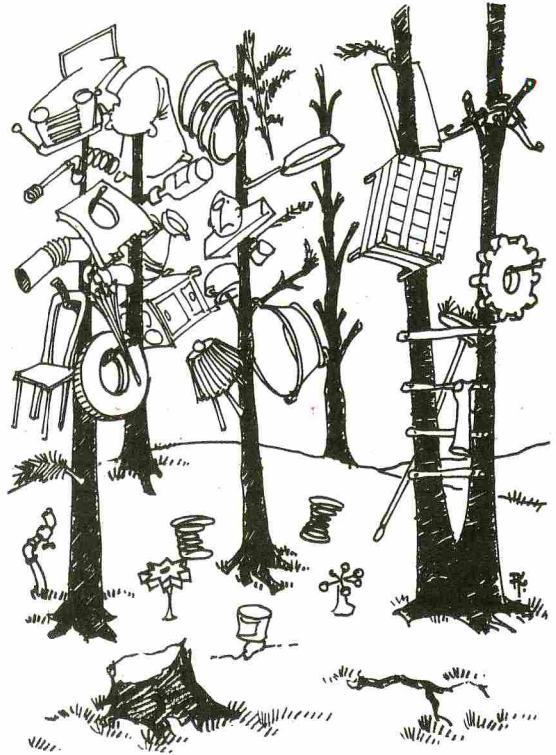
*Wenn der Abend seine Nebelfahnen
über Oberwald und Schlichter hißt,
dann formieren sich die Karawanen,
und die alten Müllomanen
karren waldwärts, was vergänglich ist.*

*Leise schleicht Herr Schmitt mit der Vitrine
seiner Urgroßmutter durch die Nacht.
Heinrich schleppt ein altes Bett ins Grüne,
während Georg eine Punschterrine
seiner Umwelt zum Geschenke macht.*

*Flaschen, Tassen und Papier in Säcken,
Büchsen, Pfannen, Putten und Kristall
– Unrat liegt in allen Waldesecken.
Einer bringt sogar zwei Daunendecken,
und die Kiefern spielen Federball.*

*Wer jetzt Pilze sucht, der findet Schrauben,
Lampenschirme, Lumpen und Gebein.
Die Akazien tragen Motorhauben,
und die Fensterrahmen alter Lauben
rahmen das Gemälde stilvoll ein.*

*Wo man hinschaut, wachsen Schuttidylle,
und die Landschaft wird zum Warenhaus.
Jeder liebt des Waldes Stille,
aber oftmals mit zuviel pro mülle,
und das hält der stärkste Wald nicht aus.*



**Hier
finden
Sie
die DKP:**

3335
Heinz Hechler

2362
Rudi Hechler

3166
Rudolf Dötsch

3322
Sofie Haag

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.